



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/76

30. März 1950

Presse-oder Informationsamt ?

sp. Ganz unversehens ist aus dem Bundespresseamt ein "Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" geworden. Sein Haushalt ging recht still über die Bühne des Bundestages. Wenn der Etat für 1950 zu beraten ist, wird Anlass sein, sich dieses Amtes etwas genauer anzunehmen. Es ist ein Unterschied zwischen einem Presseamt und einem Informationsamt, das schon mit seinem Namen in verdächtige Nähe zu Goebbels einstigem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda gerät. Goebbels selbst, das sollte man nicht übersehen, hätte das ehrliche Wort "Propaganda" nicht vorgesehen, sondern wählte berechnend "Information". Er meinte die gleiche Aufgabe.

Daß man jetzt ein Bundesamt für Informationen schuf, ist umso peinlicher, als man aus den Publikationen dieses Amtes den Eindruck gewinnen muss, dass ihm an einer Lenkung der öffentlichen Meinung gelegen ist. Es gibt dort einen "Informationsdienst", der für Presse und Rundfunk bestimmt ist und eine Reihe von Ausgaben für "Inland", "Ausland", "Wirtschaft" und andere Sparten hat. Enthielte der Dienst nur Informationen, also tatsächliche und sachliche Mitteilungen, so wäre vielleicht nichts dazu zu sagen. Er enthält aber Meinungen, er wägt und wertet, er lässt aus (um nicht zu sagen: unterschlägt) und sucht hervor (um nicht zu sagen: zerret ans Licht). Das wird deutlich, wenn man die in den deutschen Zeitungen veröffentlichten Pariser Pressestimmen zum Interview des Kanzlers mit Kingsbury Smith mit der Zusammenstellung vergleicht, die der "Informationsdienst" als Echo aus Paris verbreitete.

Wenn sich die Regierung Adenauer mit voller Verantwortung zu

P/7/76

- 2 -

30.3.1950

einem Informationsamt dieser Art bekennt, so lässt sich darüber reden. Wir würden dagegen sprechen. Aber man muss dann in jedem Falle

die Konsequenzen ziehen. Eine der unumgänglichen Folgen wäre, dass alle in diesem Amte tätigen Personen, die journalistische Arbeit

leisten, nicht als Beamte endgültig angestellt werden können, sondern im Angestelltenverhältnis bleiben müssen. Denn sie müssen natürlich

ihren Platz räumen, wenn eine Regierung die Geschäfte führt, die eine andere politische Auffassung vertritt als etwa die jetzige. Der Haus-

haltsplan wird dieser Forderung nur in bescheidenem Umfange gerecht; es ist notwendig, dass er das nächste Mal revidiert wird.

Der Haushalt schliesst für die kurze Zeit eines halben Jahres (vom 11.9.1949-31.3.1950) für dieses Amt mit 897 000 DM in Ausgaben ab.

"Einnahmen kommen voraussichtlich nicht auf", so meint der Vorschlag zutreffend. Die Bundesregierung hatte 929 000 DM erbeten. Aber der

scheinbaren Kürzung steht im Etat der Bundeskanzlei in Titel 31 ein von DM 50 000 auf DM 150 000 erhöhter Betrag gegenüber, der "zur Ver-

fügung des Bundeskanzlers zu allgemeinen Zwecken" figuriert. Der Bundes-

pressechef kann darüber unter Genehmigung des Bundeskanzlers bis zu 100 000 DM disponieren. Das ist ein Reptilienfonds von nicht unbe-

trächtlichem Ausmaß und dies für ein Amt, das eben und ausdrücklich als "Informationsamt" aufgezogen wird.

Hier ist alle Aufmerksamkeit geboten, besonders auch im Blick darauf, dass in diesem Haushalt einige weitere Positionen enthalten

sind, die den Schluss zulassen, dass das Presseamt der neuen Bundes-

republik nicht beabsichtigt, die gute und erfolgreiche Tradition

der demokratischen Einrichtung fortzusetzen, die einmal einen besonders guten Ruf genossen hat, bei Freund und Gegner. Das war zu einer Zeit, als Erfahrung mehr galt als Ehrgeiz.

- - - - -

- 3 -

Schwedens Neutralität

 Von unserem skandinavischen Korrespondenten

KRK. Der schwedische Reichstag hat eben eine aussenpolitische Aussprache hinter sich gebracht, die in der skandinavischen Öffentlichkeit grosse Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Aussprache hat die Einigkeit des schwedischen Reichstags in der vitalen Frage dokumentiert, die mit dem Begriffe "Neutralitätspolitik" umrissen wird.

Aussenminister Undén hat jeden Gedanken daran zurückgewiesen, durch militär-technische Fühlungnahme eine interskandinavische Zusammengehörigkeit vorzutäuschen. Eine solche Fühlungnahme würde nach Ansicht Undéns, also der schwedischen Regierung, die Neutralitätspolitik Schwedens kompromittieren. Ein militär-technisches Zusammenwirken würde, da Norwegen und Dänemark dem Atlantikpakt angeschlossen sind, indirekt die Beteiligung Schwedens an diesem Pakte bedeuten, also die Teilnahme an einer Blockbildung. Das Fernbleiben von allen politischen und militärischen Blockbildungen ist und bleibt jedoch das A und O der schwedischen Aussenpolitik. Schweden will absolut neutral bleiben.

Aber die Erklärungen Undéns und die Debatte im Reichstag haben ein lebhaftes Unlustgefühl hinterlassen. Nicht nur in Norwegen und Dänemark, sondern auch in Schweden. Die Selbstsicherheit, mit der die schwedische Neutralitätspolitik begründet wird, nimmt sich in dieser unruhigen Welt ein wenig eigentümlich aus- in einer Welt, in der alle freiheitlichen Nationen in gemeinsamer Arbeit alles tun, um der diktatorischen, imperialistischen Bedrohung aus dem Osten die Stirn zu bieten.

"Svenska Morgonbladet", in aussenpolitischen Fragen sonst alles andere als oppositionell, meint bekümmert: "Wir können ja kaum die heimischen Kommunisten beeinflussen - um wieviel weniger die jenseits des Eisernen Vorhanges"

Die dänische Zeitung "Politiken" beschäftigt sich mit der Feststellung Undéns, dass Schweden mehr denn je an der internatio-

nalen Arbeit teilnehme und keine Isolationspolitik treibe. Mit Teilnahme an der internationalen Arbeit meine man nicht in allen

Stücken dasselbe wie Undén. "Man denkt an den Tag, von dem wir hoffen, dass er nie komme, da Schweden in einer Konfliktsituation ein-

sam ist. Das Reden von einer nicht verpflichtenden, technisch-militärischen Zusammenarbeit mit den anderen nordischen Ländern mutet

an wie Worte, die man ins Ohr des grossen Unbekannten flüstert. Sie sind bloss Ausdruck für die Unsicherheit, die einer Selbstprüfung vorausgeht".

Die grosse norwegische Zeitung "Aftenposten" schreibt: "Nichts darf die schwedische Aussenpolitik kompromittieren, sagt Schwedens

Aussenminister. Das ist ein klar^{er} und kompromissloser Standpunkt. Man wird auch unwillkürlich von dieser selbstsicheren, charakter-

festen und geradlinigen Deklaration beeindruckt in einer Welt, in der sonst alles andere geschehen kann mit einer einzigen Ausnahme:

dass Schweden sich kompromittiert".

- 0 - 0 -

Zeitschrift hilft Kleingärtnern

sp. Das im Land-Verlag Dortmund erscheinende "Grüne Blatt", eine sehr lebhaft gehaltene, wöchentlich einmal erscheinende "Feierabendzeitung der Familie" hat einen besonders guten Einfall gehabt. Von dem Gedanken ausgehend, dass die Kleingarten-Anlagen wesentliche Bestandteile jeder Stadt sind, hat die Zeitschrift sämtliche Städte im Lande Nordrhein-Westfalen zu einem Wettbewerb aufgefordert, der zum Ziele hat, die Stadt zu ermitteln, welche seit 1945 bis heute am meisten für ihre Kleingärtner getan hat.

Der Wettbewerb wird von den Behörden und Städteplanern nachdrücklich gefördert. Es wird ein Ehrenpreis, "Der goldene Erntekranz des Grünen Blattes" und ein ebenfalls vom "Grünen Blatt" gestifteter Geldpreis von DM 3.000.-- ausgesetzt. Die siegende Stadt erhält den Geldpreis mit der Massgabe, ihn zur Neuschaffung von Dauerkleingarten-Anlagen zu verwenden. Der goldene Erntekranz wird von 1951 an als Wanderpreis vergeben, unter Beteiligung aller Städte der Westzone.

- 0 - 0 -

Jugoslawien um seinen Leumund besorgt

sp. Unvermutet begegnet man auf der Hannoverschen Exportmesse einen Sprecher Jugoslawiens. Er lebt nicht, aber er spricht trotzdem sehr aufdringlich und er wird höchst freigebig herungereicht, besucht man auf der Messe den wirksam ausgestatteten Stand Jugoslawiens. Es ist die deutschgeschriebene Zeitung "Das neue Jugoslawien", die in Stapeln aufliegt und jedem Interessierten in die Hand gedrückt wird. Mit der geschäftlichen Reklame, berechtigt durch die Messe, wird somit auch politische Propaganda verbunden.

Die Zeitung trägt das Datum "25. Februar 1950", aber es ist wohl mit Bedacht für das Auftreten in Deutschland diese so weit zurückliegende Ausgabe gewählt worden. Denn sie enthält auf fast zwei von insgesamt acht Seiten eine Auseinandersetzung mit dem deutschen Vorwurf, Jugoslawien habe die deutschen Kriegsgefangenen schlecht behandelt. Den konkreten Anlass zu dieser Polemik bietet die seinerzeitige Erklärung des Bundeskanzlers Dr. Adenauer über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen in Jugoslawien, besonders im Zusammenhang mit der neuen Welle von Kriegsgerichts-urteilen.

"Das neue Jugoslawien" wehrt sich durch Erklärungen namhafter Sprecher gegen den Vorwurf der Unmenschlichkeit gegenüber deutschen Kriegsgefangenen. Tatsache ist, dass Heimkehrer über die letzten Jahre ihres Kriegsgefangenenlebens in Jugoslawien unterschiedlich berichten; dem einen ist es relativ gut, dem anderen schlecht gegangen. Einheitlich aber ist allen Erzählungen eine wenig freundliche Darstellung der Verhältnisse aus den ersten Nachkriegsjahren. Nimmt man hierzu die Behandlung, die den Volksdeutschen in Jugoslawien zuteil wurde (man spricht von Hunderttausenden, die umgekommen sind), dann wird man sich nicht so rasch von der "Grossmütigkeit der jugoslawischen Behörden" überzeugen lassen, von der "Das neue Jugoslawien" schreibt. Ebensowenig überzeugend wirken spontane Dankesbriefe, die die Zeitung veröffentlicht und die entlassene Kriegsgefangene kollektiv an Tito geschickt haben sollen, denn man weiss nur allzu gut, wie in autoritären Staaten solche Dokumentationen zustande kommen. Und dass Jugoslawien ein autoritärer Staat ist, wird auf den Seiten der Zeitung, die sich nicht mit Deutschland beschäftigen, nicht verheimlicht.

Jugoslawien hält, wie "Das neue Jugoslawien" feststellt, 937 deutsche Kriegsgefangene wegen Kriegsverbrechen zurück. Zur Begründung wird eine Reihe solcher Kriegsverbrechen unter namentlicher Anführung der Urheber aufgezählt. Diese Verbrechen sind allerdings schrecklich und rechtfertigen durchaus ein gerichtliches Vorgehen. Jedoch, es sind jugoslawische Behauptungen und darum kann man sie glauben oder nicht. Wenn den Jugoslawen so sehr an einem gerechten deutschen Urteil über das heutige Land Titos liegt - die Art der Propaganda lässt einen solchen Schluss zu - dann möge man deutschen Kriegsgefangenen bei den noch bevorstehenden Prozessen deutsche Verteidiger zubilligen mit allen Möglichkeiten einer Beweis- und Gegenbeweissführung. Damit würde sich Jugoslawien waltend von den kommunistischen "Volksdemokratien" unterscheiden. Heute ist das noch nicht der Fall. -dt.

- o - o -